

N i e d e r s c h r i f t

der 46. Sitzung des Hauptausschusses am 21.01.2004

ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 16:00 Uhr bis 17:10 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ingrid Häußler OB
Herr Bernhard Bönisch CDU
Herr Thomas Godenrath CDU
Herr Frank Sänger CDU
Frau Dr. Ulrike Wünscher CDU
Frau Ute Haupt PDS
Frau Marion Krischok PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim PDS
Herr Klaus Müller PDS
Frau Hanna Haupt SPD
Herr Gottfried Koehn SPD
Herr Mathias Weiland HAL
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh UBF
Herr Dieter Funke
Frau Dagmar Szabados
Frau Jane Unger
Frau Annemarie Kraft

zu Beginn der Sitzung vertreten durch Herrn Lehmann

Entschuldigt fehlen:

Herr Johannes Krause SPD
Frau Prof. Dorothea Vent HAL
Herr Friedemann Scholze FDP
Herr Eberhard Doege
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt
Herr Ralf Borries
Frau Ria Steppan

Zu Sitzungsende vertreten durch Herrn Tilo Biesecke
vertreten durch Frau Sabine Wolff

vertreten durch Herrn Dr. Brümmer

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Die 46. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von der Vorsitzenden des Hauptausschusses, Frau Oberbürgermeisterin Ingrid **H ä u ß l e r**. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte, abzusetzen von der Tagesordnung seien die Punkte 4.2 bis 4.4, da gleichlautende Voten der Fachausschüsse zu den jeweiligen Vorlagen vorlägen.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Damit wurde folgende T a g e s o r d n u n g ohne förmliche Abstimmung bestätigt:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 10.12.2003**
- 4. Vorlagen**
 - 4.1. Unterstützung der "Dortmunder Erklärung zur Zukunft der Kohäsionspolitik in Europa nach 2006"**
Vorlage: III/2003/03852
 - 4.2. Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" 2003 - 2007
Vorlage: III/2003/03863 **zurückgezogen**
 - 4.3. Grundsatzpapier zur Bewerbung der Stadt Halle (Saale) um den Titel "Kulturhauptstadt Europas 2010"
Vorlage: III/2003/03775 **zurückgezogen**

- 4.4. Satzung der Stadt Halle über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge, über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und über die Untersagung der Herstellung von Stellplätzen
Vorlage: III/2003/03684 **zurückgezogen**
- 4.5. **Baubeschluss - Umgestaltung Marktplatz**
Vorlage: III/2003/03855
- 5. **Anfragen von Stadträten**
- 6. **Mitteilungen**

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 10.12.2003

Wortprotokoll:

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 10.12.2003.

Die Mitglieder des Hauptausschusses **g e n e h m i g t e n** ohne förmliche Abstimmung die **Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 10.12.2003** in der vorliegenden Form.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Unterstützung der "Dortmunder Erklärung zur Zukunft der Kohäsionspolitik in Europa nach 2006"

Vorlage: III/2003/03852

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** gab kurz Erläuterungen zur Vorlage.
Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig z u g e s t i m m t

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) unterstützt die „Dortmunder Erklärung zur Kohäsionspolitik in Europa nach 2006“. Frau Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, die „Dortmunder Erklärung“ namens der Stadt Halle (Saale) zu unterzeichnen.

zu 4.5 Baubeschluss - Umgestaltung Marktplatz
Vorlage: III/2003/03855

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte zu den Abstimmungsergebnissen in den Fachausschüssen, bei denen es zu unterschiedlichen Voten gekommen sei.

Herr **Müller**, PDS-Fraktion, erklärte, aus seiner Sicht sollte man sich auf die Variante A verständigen, die ausführlich im Planungsausschuss diskutiert, aber dann nicht bestätigt worden sei.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, ging auf die Diskussionen ein, die im Planungsausschuss geführt worden seien. Dort sei festgestellt worden, dass alles, was unterhalb der 60-m-Grenze liege, ein Kompromiss sei. Der Ausschuss habe den 3. Beschlusspunkt dahingehend geändert, dass das Wort „gesetzeskonform“ aufgenommen worden sei. Die Verwaltung habe zugesagt, mit allen Beteiligten nochmals eine Abwägung vorzunehmen. Er betonte, dass es sich bei der Vorlage um eine reine Planungsangelegenheit handle, deren Inhalt wenig mit der Kompetenz des Vergabeausschuss zu tun habe. Er sei ärgerlich darüber, dass man in Folge verschiedener Ausschüsse versuche, jedes Mal mit einem Antrag, der im ersten Ausschuss nicht durchgebracht worden sei, versuche, entsprechende Mehrheiten zu erhalten. Das sollte man grundsätzlich noch einmal diskutieren. In der Sache bitte er der Meinung des Planungsausschusses zu folgen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte, das Thema „Wie behandeln die Ausschüsse welche Anträge“ sollte in der Runde der Fraktionsvorsitzenden oder auch im Hauptausschuss erörtert werden.

Herr **Koehn**, SPD-Fraktion, äußerte, seine Fraktion könne sich der Variante der Stadtverwaltung anschließen; man halte die Lösung – 25 Meter – für einen sehr vernünftigen Kompromiss.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, erklärte, seine Fraktion möchte eine gesetzeskonforme Lösung, die auch den Marktplatz in seiner Einheit und seiner Nutzbarkeit gewährleiste.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, für die Stadt gebe es gar keine andere Wahl, als eine gesetzeskonforme Lösung umzusetzen. Das Problem sei, eine Lösung für alle Behindertengruppen abzuwägen.

Herr **Müller** sagte, die HAVAG nehme eine Lösung – 40 Meter – als optimale Variante an, 33 Meter als minimale. Sollte man dann aus den 25 Metern nicht wenigstens 33 Meter machen?

Herr **Koehn** erwiderte, die Diskussion zu diesem Vorschlag sei im Planungsausschuss und in den Fraktionen geführt worden und habe keinen Konsens gefunden.

Dies wurde von Herrn **Lehmann** bestätigt.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** berichtete zu den Erkenntnissen aus Diskussionen mit den Behindertenverbänden, der Seniorenvertretung und der Kinder- und Jugendvertretung und verwies auf § 8 Bundesgesetz für Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und entsprechende Landesvorschriften.

Die HAVAG sei beauftragt worden, bis Mai 2004 Vorschläge zu unterbreiten, durch welche Veränderungen am Fahrzeugpark, z. B. Nachrüstungen mit automatischer Rampe o.ä. Barrierefreiheit erreicht werden könne.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** ergänzte, sie gehe davon aus, dass man eine Lösung, selbstverständlich technischer Art, brauche, um dem Landesverwaltungsamt deutlich zu machen, dass dies gesetzeskonform sei.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, äußerte ihr Unverständnis darüber, dass hier die fachliche Diskussion noch einmal aufgemacht werde. Sie vertraue dem Votum des Fachausschuss.

Herr **Lehmann** gab den Hinweis, dass im Finanzausschuss das Angebot gemacht worden sei, die Gespräche mit der Aufsichtsbehörde bezüglich Fördermittel gemeinsam – Verwaltung und HAVAG – zu führen.

Herr **Müller** ging auf technische Einzelheiten ein: Prüfung des Vorschlags, für die Nachtstunden Bahnsteige zu haben, die tagsüber versenkt seien.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, empfahl, schnellstens die Fördermittelgabe zu klären,

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, verwies auf Anlage 13. Man sollte im Zuge der Umsetzung des Händeldenkmals überlegen, in welcher Art und Weise das Denkmal vor Zugriffen geschützt werden könnte.

Frau **Wolff** schlug vor, eine Lösung analog zur Gestaltung während der Händelfestspiele (Pflanzenkübel) zu finden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Nein-Stimme
2 Enthaltungen
mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschlussvorschlag:

1. **Der Stadtrat bestätigt die in der Begründung dargestellte und erläuterte Entwurfsplanung und die Umsetzung der Maßnahme in den Haushaltsjahren 2004 bis 2006.**
 2. **Die Maßnahme ist so zu planen und durchzuführen, dass sie weitestgehend bis zum Beginn der Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum abgeschlossen ist, um die Feierlichkeiten nicht zu behindern.**
 3. **Der Stadtrat beschließt die Straßenbahnhaltestellen als Einzelhaltestellen *gesetzeskonform* behindertengerecht bei Erhalt einer möglichst optimalen barrierefreien Querungsmöglichkeit zwischen der Ost- und Westseite des Marktplatzes auszubauen.**
-

zu 5 **Anfragen von Stadträten**

Es wurden keine Anfragen gestellt.

zu 6 **Mitteilungen**

Wortprotokoll:

Schriftlich lag vor:

Information zu Umstrukturierung in FB OB/Steuerungsunterstützung (Pressesprecher) und FB Kommunikation und Datenverarbeitung

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, wies auf eine Dienstaufsichtsbeschwerde von Herrn Heft gegen die Oberbürgermeisterin hin und bat die Fraktionen um Meinungsäußerungen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** nahm Bezug auf die schriftlich vorliegende Information zur Umstrukturierung auf dem Gebiet Öffentlichkeitsarbeit in der Stadtverwaltung und gab dazu Erläuterungen.

Weitere Mitteilungen wurden nicht abgegeben.

Die 46. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde beendet.

Ingrid Häußler

Oberbürgermeisterin
und Vorsitzende des Hauptausschusses

Kraft
Protokollführerin

